

Italien (Seiten 311– 230)

01) Migrantengeburt in Italien: „Hier ist alles gratis“

22. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

Das italienische allgemeine Gesundheitssystem kann die Auswirkungen von Einwanderern nicht verkraften, die kommen, um es zu nutzen, ohne es durch die Zahlung von Steuern zu unterstützen. Zahlungen, die der Staat von den eigenen Bürgern verlangt.

Nach Italien zur Entbindung! Das großzügige italienische Gesundheitssystem garantiert dies auch für ausländische Frauen.

In der Praxis handelt es sich um eine Art vorübergehendes Wiedersehen mit ihren Ehemännern, die in der Regel in Italien arbeiten, ein Wiedersehen, das nur ein paar Wochen dauert, gerade genug Zeit, um die Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen, bevor sie in ihr Herkunftsland, in der Regel Ägypten, zurückkehren. Und die Tatsache, dass sie nach Hause zurückkehren, ist an sich eine gute Nachricht, denn die sog. „Familienzusammenführung“ ist ein nationaler Notfall.

In Italien erfolgen heute bereits 20 % der Geburten durch nicht-italienische Mütter. In der Region Mitte-Nord sind es 25 % und in der Lombardei 30 %. In 25 % der Fälle sind die ausländischen Mütter Schwarze.

In vielen Fällen handelt es sich nicht einmal um Einwohner, sondern um „Geburtstouristen“ dank der berüchtigten STP-Karte (Straniero temporaneamente presente – Vorübergehend anwesender Ausländer), die den Ärzten zufolge Ausländern – sogar illegalen Einwanderern – das Recht gibt, jede Art von Behandlung, ob dringend oder nicht, lebensrettend oder Routine, unter garantierter Anonymität zu erhalten.

Im konkreten Fall geht es um Frauen (nicht unbedingt illegale Einwanderer), die nach Italien kommen, um zu gebären. Unter den Leistungen, die ausländischen Staatsbürgern, die nicht im nationalen Gesundheitssystem registriert sind, garantiert werden, gibt es nämlich ausdrückliche Bestimmungen für den Schutz von Schwangerschaft und Mutterschaft. Der Leiter der gynäkologischen Abteilung eines großen Mailänder Krankenhauses bezeugt, was in der Praxis passiert: Die Frauen, die gebären, kommen praktisch am Vorabend des

glücklichen Ereignisses, oft in Begleitung ihrer Ehemänner. Der italienische Arzt hat keine andere Wahl, als ihnen entgegenzukommen, indem er innerhalb kürzester Zeit alle möglichen Untersuchungen durchführt, einen Platz für sie findet und natürlich versucht, Komplikationen oder Probleme zu vermeiden, auch wenn es an objektiven Beweisen mangelt und die Anamnese schwierig ist, da diese Frauen im Allgemeinen kein Wort Italienisch sprechen (das Personal benutzt einen Telefonübersetzer, um mit ihnen zu sprechen). „Sie kommen“, sagt er, „wenn sie 36–37 Wochen schwanger sind, manchmal direkt vom Flughafen. Und oft aus Ägypten, wo sie offensichtlich in Krankenhäusern für die Geburt bezahlen müssten. Es ist schwer zu verstehen, wie sie in einem so fortgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft mit dem Flugzeug reisen können, zumal in ähnlichen Fällen zahlreiche Bescheinigungen erforderlich sind. Auf jeden Fall kommen sie an, manchmal mit ihren VIP-Karten, in Begleitung ihrer Ehemänner, die in der Regel italienisch sprechen und sagen: Meine Frau muss einen Kaiserschnitt haben, und sie werden oft vorgeburtlich behandelt. Das Problem“, fährt der Arzt fort, „ist, dass sie nichts in der Hand haben, nicht einmal ein Dokument, nicht einmal eine Untersuchung. Wir müssen alles in kurzer Zeit erledigen“. Und natürlich gelten alle Verantwortlichkeiten: „Ich hatte kürzlich eine Frau mit Diabetes und Bluthochdruck, da kann es Komplikationen geben. Wir müssen sie unterbringen oder einen anderen Platz finden, tun, was wir können. Und manchmal gibt es keinen Platz, und wir müssen ihn trotzdem finden.“

Das Problem sind also auch ein Problem der begrenzten Ressourcen: „Wir heilen, aber können wir allen alles geben?“, fragt rhetorisch Stefano Carugo, ein bekannter Kardiologe, der in einem öffentlichen Krankenhaus arbeitet (er ist Leiter der Abteilung für Kardiologie und Koronarversorgung am Krankenhaus Santi Paolo und Carlo und außerordentlicher Professor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen). „Wir behandeln jeden, aber wenn es Leute gibt, die meinen, sie könnten clever sein und die Großzügigkeit unseres Systems ausnutzen, dann ist das ein Problem.“

In vielen afrikanischen Ländern ist eine Geburt im Krankenhaus ein Luxus, für den man bezahlen muss. Wenn man offene Grenzen hat, ist es logisch, dass sie sich den Ort aussuchen, an dem sie nichts bezahlen müssen und die Ärzte die besten sind.

Und nicht nur die gebärenden Frauen. Italien gewährt „Ausländern, die sich irregulär im Land aufhalten“, eine bevorzugte, reservierte und exklusive Stellung, auf der ihnen eine Versorgung und Dienstleistungen garantiert werden, von denen Italiener nur träumen können.

Man braucht nur einen STP-Karte (Straniero temporaneamente presente)) und schon ist der Weg frei für den Zugang zu den Leistungen eines der besten Gesundheitszentren der Welt, vor allem mit einem Arzt mit „weiten Ärmeln“ oder mit Hilfe von mehr oder weniger ideologisch engagierten Vereinen. Und es geht nicht nur um dringende oder lebensrettende Eingriffe, wie es verständlich wäre und im Einklang mit Eid und Deontologie stünde.

Sie geht weit über die „dringende oder notwendige ambulante und stationäre Versorgung“ hinaus, erklärt der Arzt, der sich entschließt, darüber zu sprechen. Er hat diese Erfahrung unmittelbar gemacht. Und er erklärt, wovon er spricht: „Zum Beispiel ein Besuch beim Diabetologen wegen des Blutzuckerspiegels oder eine Röntgenaufnahme der Brust oder eine Zahnbehandlung“.

Riccardo De Corato, Mitglied der Fratelli d'Italia, ehemaliger Senator und jetzt Regionalrat in der Lombardei, kritisiert, dass „Prothesen, Brillen und alle medizinischen Hilfsmittel kostenlos sind, ganz zu schweigen von der vollständigen Befreiung von Kosten beim Kauf von Medikamenten“.

Die STP-Karte kann natürlich auch bei jedem Asylantrag beantragt werden.

Die Präfektur von Rom informiert über diese Möglichkeiten: Die Karte ist 6 Monate gültig, aber „erneuerbar“. Sie richtet sich an Ausländer mit irregulärem Status: „Sie können die Ausstellung der Karte auch ohne Angabe Ihres Vor- und Nachnamens beantragen“.

Und er versichert den illegalen Einwanderern: „Der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen darf nicht zu einer Anzeige bei den Behörden führen. Es ist jedoch zu beachten, dass die Behörden in bestimmten Fällen (aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder aus anderen schwerwiegenden Gründen) eine Anzeige verlangen können, wie sie es auch bei italienischen Bürgern tun.“

Kurzum, keine Sorge, lieber illegaler Einwanderer, Sie können sich auf Kosten der Italiener neue Zähne zulegen. Und niemand wird Sie jemals melden. Dann kannst du wieder in deine Baobab-Zeltstadt gehen und dort weiterleben wie bisher.

„Die akute Notfallversorgung ist für alle garantiert. Hier geht es um banale Leistungen, die ausdrücklich außertourlich erbracht werden, während die Italiener dafür bezahlen oder darauf verzichten und sich entscheiden müssen, ob sie die eine oder andere Krankheit behandeln lassen.“

Diese Leute haben alles“, fährt der Arzt fort, „und viele fordern es mit Arroganz, und die Ärzte gewähren im Allgemeinen alles, um nicht des Rassismus bezichtigt zu werden. Termine, kurze Wartezeiten, Blankorezepte, sie haben alles verstanden und werden von den Verbänden auch noch gefördert.“

Das ist der Grund, warum es in den USA kein universelles, sondern ein kostenpflichtiges Gesundheitssystem gibt.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Italien: Wie die Mitte-Rechts-Bewegung eine erfolgreiche Strategie entwickeln kann

Von Nicola De Felice

21. 10. 2021



Bildquelle: CM

Die Niederlage der Mitte-Rechts-Parteien bei den Regionalwahlen erfordert eine neue Strategie, falls es je eine gegeben hat. Die Ausarbeitung einer politischen Strategie ist ebenso wie die eines militärischen Komplexes und wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst (Ideologie, Kultur, Geografie, technologische Entwicklung, Geschichte, Religion, Parteiorganisation usw.). Dies bezieht sich auf die Logik des politischen Managements, das in der rechten Mitte mit der Lega, den Fratelli d'Italia und der Forza Italia identifiziert wird.

Die große Strategie von Mitte-Rechts

Erforderlich ist eine politische Bewertung der nationalen Interessen, in der allgemeine Ziele festgelegt werden, die durch eine „Große Strategie“ verfolgt werden sollen, die den Strategien der einzelnen Parteien vorangestellt wird. Das politische Ergebnis dieser „Großen Strategie“ muss das Erreichen einer günstigen und dauerhaften Situation sein, die in der politischen Führung der Nation besteht, die durch den Sieg an den Wahlen oder durch andere Formen der Wirkung und Beeinflussung erreicht wird, Formen, die die linke Mitte normalerweise nutzt.

Im Einklang mit den Zielen der „Großen Strategie“ – wie Wiederbelebung der Arbeit und der Geburtenrate, niedrigere Steuern, Kontrolle der Einwanderung und der Auswanderung, Schutz der Mittelschicht, Wiederbelebung der Forschung, Unabhängigkeit im Energiebereich, globale Sicherheit, Hegemonie im Mittelmeerraum, Zusammenschluss der europäischen Staaten usw. – muss die Politik der rechten Mitte eine politische Richtung für die Nation festlegen, die aus der politischen Richtung der Nation besteht, die durch einen Wahlsieg oder durch andere Formen der Wirkung und des Einflusses erreicht wird, Formen, die die linke Mitte normalerweise nutzt.

Die Politik des rechten Zentrums muss die organisatorischen und kapazitiven Merkmale ihrer Streitkräfte festlegen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass diese in der Lage sind, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen (Verfahren zur Auswahl der Bewerber, Kompetenzen in den erforderlichen Bereichen usw.). Die Strategie optimiert die Mittel und Methoden, die erforderlich sind, um die von der Politik gesetzten Ziele zu erreichen, und berücksichtigt das Umfeld und die potenziellen „Bedrohungen“, die sich darin realisieren lassen (Antifaschismus, Fall Morisi usw.). Eine Parteistrategie darf die Ziele der übergeordneten Strategie nicht außer Acht lassen. Bei der Bewertung der Situation (sei es bei Verwaltungs-, Politik- oder Europawahlen) legt die übergeordnete Ebene die politischen Grundzüge fest, auf deren Grundlage jede Partei spezifische Strategien entwickelt.

In der nächsten Phase erarbeiten die Parteien in einer Wahlkampagne die Kriterien für den Abgleich der verfügbaren personellen und materiellen Ressourcen, einigen sich auf die qualitativen und quantitativen Umriss der Beiträge der jeweiligen Komponenten und die Mechanismen der gegenseitigen Interaktion und Integration. Sie initiieren die Synchronisation zwischen den strategischen Zielen, den Adressaten, der Kombination von erwünschten Effekten, den Ebenen des Strategiemangements im „Feld“, unterschieden in strategisch, operativ und taktisch.

Die Macht von Mitte-Rechts ist an ihrer Fähigkeit zu erkennen, die anderen Akteure in der Arena zu beeinflussen – egal ob Gegner, Medien oder Wähler. Die Mechanismen der Einflussnahme können den Einsatz verschiedener Instrumente beinhalten. Ich lasse die harte Macht beiseite, weil sie sich auf den Einsatz von Zwangsmitteln bezieht, und konzentriere mich auf die weiche Macht, weil die Ausübung dieser Art von Macht ideologisch und kulturell geprägt ist. Soft Power steht im Zusammenhang mit der eigenen Position und Glaubwürdigkeit innerhalb der Gemeinschaft, der Fähigkeit, positive Werte zu vermitteln und politische Ziele durch Kommunikation, diplomatisches Geschick, Kultur und

Verhaltensweisen zu erreichen, d. h. der geeigneten Kombination aus der Fähigkeit, potenzielle Verbündete zu überzeugen, um sie für die eigenen Ziele zu gewinnen, und den Wählern, insbesondere den Unentschlossenen, denjenigen, die nicht zur Wahl gehen, oder denjenigen, die von den Ergebnissen des ersten Wahlgangs ausgeschlossen wurden.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.) und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten hatte er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Funktionen im Verteidigungs- und Marinestab inne, sowohl im Inland als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich für die Anwendung von Techniken einsetzte, die der italienischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugute kommen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Italien: „Das Jahr Null der Rechten“

Von S. Folli

20. 10. 2021



14-16 September 2017 - 25° Edition –
Photos by BHStudio of Gianfranco Bernardo

„Diese Kommunalwahlen haben eine Art Jahr Null für alle bestimmt. Die siegreiche linke Mitte muss ihre Ziele klären, die sich nicht darauf beschränken dürfen, ihren Vertreter in den Quirinal zu wählen.“ (Enrico Letta, Partito Democratico)

Letta sprach von einem „vergrößerten Lager“, das dem Olivenbaum ähnelt, und deshalb müssen die Konturen definiert und erklärt werden. Es gibt ein Problem der Homogenität: Die Aufnahme der Zentristen der Forza Italia, Calenda, der Renzi-Anhänger, Bonino, Conte und der 5 Sterne unter ihrem Dach birgt das Risiko einer großen Instabilität. Und dann gibt es noch die unterlegene Mitte-Rechts-Fraktion. Die Möglichkeit, dass die gesamte Rechte in die Opposition geht, wie es Giorgia Meloni (Fratelli d'Italia) wünscht, ist unwahrscheinlich. Die Lega muss sich entscheiden: Wenn sie in der Regierung bleiben will, muss sie sagen, unter welchen Bedingungen, mit welchen Ideen und Vorschlägen. Ihre Wählerschaft, die sich aus Unternehmen zusammensetzt, die an den Aufschwung glauben und Vertrauen in Draghi haben, braucht keine Slogans, sondern konkretere Vorschläge. Hier kann die rechte Mitte wiedergeboren werden oder zusammenbrechen.

Quelle: *Repubblica* in der Übersetzung der französischen Botschaft in Rom, zitiert nach [Lionel Baland](#)

Umfragewerte in Italien: die beiden patriotischen Parteien „Fratelli d'Italia“ und „Lega“ haben zusammen 40,5 %



Quelle: [Lionel Baland](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Letzter Italiener in der Klasse: „Meine Tochter wird diskriminiert, weil sie Christin ist

18. 10. 2021



Symbolbild · Quelle: VoxNews

Was passiert, wenn man in seinem eigenen Land zur Minderheit wird?

Ihre Tochter musste die Klasse mit 18 Kindern von Einwanderern teilen.

„Sie waren alle unterschiedlicher Herkunft: Rumänen, Marokkaner, Türken, Filipinos, Chinesen, Puertoricaner. Meine Tochter war die einzige Italienerin und wurde von den anderen Kindern ausgegrenzt, denn sie war bei der Freizeitgestaltung die einzige, die sich „integrieren“ musste. Und das in Italien...“. So entschuldigte sich eine Mutter auf dem italienischen Fernsehkanal Rai3, der sie über den Schulabbruch ihrer Tochter befragt hatte.

„Mein Problem sind nicht die Kinder“, erklärte die Frau, „denn alle Kinder sind gleich. Das Problem sind die Eltern und wie sie sie erziehen. Meine Tochter hatte viele Kinder zu sich nach Hause eingeladen, um gemeinsam ihre Hausaufgaben zu machen, aber es gab immer nur ein „Nein“, weil sie nicht der gleichen Religion angehörte wie sie. Sie durfte nicht mit anderen Klassenkameraden die Hausaufgaben machen, weil sie nicht derselben Religion angehörte, denn sie war katholisch“.

„Wurde sie ghettoisiert?“, fragt der Moderator. „Stimmt, die einzigen Freunde, die sie finden konnte, waren in der Sonntagsschule.“

Es hätte ihr Schlimmeres passieren können. Wie die englischen Mädchen, die Opfer des Massakers von Rotherham wurden: vergewaltigt von Mitgliedern der Banden pakistanischer Einwanderer, die seit Jahren in Rotherham und im übrigen England Terror verbreiten.

Einer von ihnen, Sageer Hussain, 30 Jahre alt, brüstete sich offen damit, ein rassistischer Islamist zu sein, und erklärte seinem 13-jährigen Opfer, dass „alle weißen Mädchen für Sex gut sind und Huren sind“. Was in den letzten Jahren in Rotherham geschehen ist, ist

ungeheuerlich, nicht nur wegen der mehr als 1.400 Vergewaltigungen durch 300 pakistanische Einwanderer, sondern auch wegen der Duldung durch die Sozialdienste und die Polizei, die nicht gehandelt haben, weil sie sonst des „Rassismus“ beschuldigt worden wären.

Sie alle vergewaltigten weiße Mädchen, die meisten von ihnen in prekären Familienverhältnissen und unter der Obhut von Sozialdiensten. Sie alle waren daran gewöhnt, in multiethnischen Vierteln zu leben, aus denen ihre armen Familien nicht hatten „entkommen“ können.

Als sie die Kraft fand, die Vergewaltigungen anzuzeigen, wurde einem der Opfer, das damals 12/13 Jahre alt war und heute 30 Jahre alt ist, nicht geglaubt, und die Polizei von South Yorkshire „verlor“ Tage nach der Anzeige die Kleidung, die sie während einer der Vergewaltigungen trug.

Kommentar von VoxNews: Eine derartige „Integration“ ist ein Verbrechen gegen die Zukunft.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Triest, Genua, Ravenna: die Revolte gegen Draghi hat begonnen (Videos)

18. 10. 2021



Bildquelle: VoxNews

Live aus Triest:

www.localteam.it/video/puzzer-parla-ai-no-green-pass-sit-in-a-piazza-unita-ditalia-?jwsourc=c1

<https://unser-mittleuropa.com/triest-genua-ravenna-die-revolte-gegen-draghi-hat-begonnen-videos/>



[1:35 nachm. · 18. Okt. 2021 · Twitter for iPhone](#)

<s://www.youtube.com/watch?v=fVbl063OZul>



AUFSTAND GEGEN DIE DRAGHI-DIKTATUR: GENUA UND RAVENNA BLOCKIEREN DIE HÄFEN

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Warum in Rom Mitte-Rechts wählen

Von Nicola De Felice

15. 10. 2021



Enrico Michetti, Wahlkandidat für Rom - *Bildquelle: Centro Machiavelli*

Ich verwende Militärjargon, um zu verdeutlichen, dass wir uns in einer Schlacht befinden. Es ist ein Kampf, den die rechte Mitte nicht führt, um daran teilzunehmen, sondern um ihn zu gewinnen, um Rom zu „stabilisieren und wieder aufzubauen“, und zwar durch drei Schlagworte, die in dieser Zeit des extremen Verfalls und der materiellen und ideellen Vernachlässigung unserer schönen italienischen Hauptstadt, des geistigen Zentrums des Westens, der Wiege der lateinischen und europäischen Zivilisation, unerlässlich sind: Sicherheit, Legalität und Stabilität.

Sicherheit ist die wesentliche Voraussetzung für die Stabilität einer Stadt in jedem geografischen Gebiet. Dieser einfache Grundsatz gilt umso mehr für Rom, dessen Gleichgewicht auf der Annahme beruht, dass jedes seiner Elemente, ob kommunal oder anderweitig, in der Lage ist, eigenständig für den Teil der Sicherheit zu sorgen, für den es zuständig ist.

Die Heterogenität der Aktivitäten und Elemente, die in Rom eine Rolle spielen, haben das Umfeld jedoch äußerst dynamisch und komplex gemacht, so dass ich einen „militärischen“ Ansatz vorgeschlagen habe, d. h. die Notwendigkeit einer Stabilisierung – natürlich im übertragenen Sinne – hervorgehoben habe, damit Rom, das von vielen als zerbrechlich und instabil beschrieben wird, sich erholen kann.

Mit dem demokratischen Votum können wir erwarten, dass die Sicherheitsbedingungen wiederhergestellt und aufrechterhalten werden, so dass die Grundlage für die Rückkehr zu zumindest normalen Bedingungen geschaffen wird, die den Wiederaufbau Roms, d.h. die Wiederherstellung einer nachhaltigen Entwicklung der gesamten Gemeinschaft, begünstigen.

Mit dem Urnengang können wir uns für die Verwirklichung wesentlicher Infrastrukturen wie Müllverbrennungsanlagen, die effiziente und wirksame Wiederherstellung der städtischen Verwaltungsstrukturen, der kommunalisierten Unternehmen, der Verwaltung der gesamten Belegschaft und all jener Strukturen einsetzen, die für die technische und wirtschaftliche Unterstützung der städtischen Einrichtungen und der Bevölkerung unerlässlich sind. Rom ist heute mit einem „gescheiterten Staat“ vergleichbar, da es nur noch über Reste von

institutionellen Strukturen verfügt, die so schwach sind, dass sie weder eine stabile und wirksame Verwaltung des Stadtgebiets noch ein Monopol für die Anwendung der öffentlichen Ordnung ermöglichen, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben.

Mit anderen Worten, mit der Wahl können wir diejenigen, die uns regieren werden, um diese allgemeinen Bedingungen der Stabilität bitten – bezogen auf unsere Wahrnehmung als Bürger und gemessen an uns selbst als den letztendlichen Richtern über jede Intervention, über jede Reform. Mit der Abstimmung fordern wir, die Möglichkeit zu garantieren, unser tägliches Leben ohne Angst vor systematischen oder massiven Gewalttaten zu leben, wobei die öffentliche Ordnung durch legitime Behörden gewährleistet wird. Mit unserer Stimmabgabe wollen wir eine Legalität, die allen Bürgern den Zugang zu einem fairen und zuverlässigen Rechtssystem sichert, das die Bürgerrechte garantiert, das die gesamte Bevölkerung – unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion – berücksichtigt, das aber auch die individuelle Verantwortung aller vor dem Gesetz vorsieht. Mit unserer Stimmabgabe fordern wir die Bewirtschaftung der kommunalen Ressourcen für das Gemeinwohl und die Erbringung grundlegender Dienstleistungen durch die Kommune, die Schaffung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems, das den Bürgern gleiche Chancen für ihren Lebensunterhalt garantiert, in einem Produktionssystem, das den gesetzlichen Normen entspricht, und in einem allgemeinen Rahmen der makroökonomischen Stabilität. Indem wir zur Wahl gehen, fordern wir die Garantie des sozialen Wohlergehens für jeden Bürger, die Befriedigung seiner grundlegenden Bedürfnisse, den friedlichen Zusammenhalt in einer Gemeinschaft, in der alle die gleichen Chancen haben, ihr Leben zu verbessern.

Wenn wir für die Mitte-Rechts-Partei stimmen, vermeiden wir den Fehler der Vorgängerregierung, staatliche Mittel für andere Städte statt für die Hauptstadt bereitzustellen. Mit unserer Stimmabgabe entscheiden wir über die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder in Rom.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.) und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten hatte er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Funktionen im Verteidigungs- und Marinestab inne, sowohl im Inland als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich um die Anwendung von Techniken bemühte, die der italienischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugute kommen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) 15. Oktober: Chaos in Italien?

13. 10. 2021



Auch die italienische Polizei rebelliert bereits - *Bildquelle: MPI*

Der 15. Oktober ist in Italien ein besonders spannendes Datum. An diesem Tag tritt die Pflicht zum Besitz eines Gesundheitspasses am Arbeitsplatz, in den Alpen „Grüner Pass“ genannt, in Kraft. Diese Verpflichtung gilt auch für die Polizei, den repressiven Arm des Staates.

Aber es gibt Spannungen in Polizeikreisen. Dies zeigt sich auch in dem sehr harschen Ton, mit dem die Polizeigewerkschaft FSP die Leiterin des italienischen Innenministeriums, Luciana Lamorgese, angreift. Der 15. Oktober rückt näher und die Forderung nach einem grünen Pass für Arbeitnehmer auf den italienischen Straßen birgt die Gefahr eines Verkehrschaos. Es gibt Tausende von Arbeitnehmern, die nicht geimpft sind, inklusive Polizisten. Wochen sind vergangen, aber es wurde noch keine Lösung gefunden.“

Heute stand eine Sitzung im Innenministerium auf dem Programm, um die Angelegenheit mit den Gewerkschaften zu klären, aber Ministerin Lamorgese, von der erwartet wurde, dass sie „sowohl auf die politischen Fragen als auch auf die technischen operativen Grundlagen eingeht“, „hat sich nicht herabgelassen, anwesend zu sein“, kritisieren die Polizeigewerkschaften, „und sie hat uns nicht einmal eine Antwort geschickt. Die Polizeivertreter prangern die „absolute, totale Geringschätzung“ an, die die Ministerin „allen Männern und Frauen der staatlichen Polizei“ entgegenbringt. „Die Sitzung endete in einer Sackgasse, weil es immer noch keine Richtlinien des Ministeriums für öffentliche Verwaltung

gibt, um die Situation zu bewältigen. In Bezug auf den Punkt „Sie sind nicht bereit“ gibt es „mehr Zweifel als Gewissheiten“ und „das Sicherheitssystem ist zu komplex, um in Bezug auf Teams, Dienste, Anwesenheit, Tausende von Überstunden, die entstehen, zu improvisieren“. Es wird geschätzt, dass es zwischen 15 und 19 Tausend ungeimpfte Polizeibeamte gibt. Aber die Polizei ist bereits unterbesetzt. Auf den Straßen sind nur wenige Patrouillen unterwegs. Da dies der Fall ist“, schreibt die FSP, „ist es nicht schwer, das Chaos vorherzusehen. Ohne näher auf dieses Themas einzugehen, ist festzustellen, dass die Entscheidung in Ermangelung einer Verpflichtung (Impfung, Anm. d. Red.) dem Willen des Einzelnen überlassen wird. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Umsetzung dieser politischen Entscheidung für die italienische Verwaltung heute nahezu unwahrscheinlich, wenn nicht gar unmöglich ist.“

Die Möglichkeit von PCR-Tests für Polizisten ist nicht wirklich eine Option. Abgesehen davon, dass sie teuer sind und die Kosten nicht erstattet werden, ist es angesichts der „Tausenden von Stunden außerordentlichen täglichen Dienstes, die anfallen und obligatorisch sind“, praktisch unmöglich, die Dienststunden mit der „strengen Gültigkeit des grünen Passes“ in Einklang zu bringen. „Bei der Polizeiarbeit weiß man oft nicht, wann man anfängt und wann man aufhört, und eine Schicht kann sechs, zehn oder achtzehn Stunden am Stück dauern. Und wenn der grüne Pass in der Zwischenzeit abläuft, was tun Sie dann? Was passiert, wenn ein Polizeibeamter, obwohl er sein Bestes tut, feststellt, dass die Apotheken verstopft sind und er keinen Antigentest durchführen lassen oder die Ergebnisse nicht rechtzeitig erhalten kann?“

Die Gewerkschaften fordern seit langem, dass zumindest die Tests kostenlos sind. Aber bisher hat die Regierung Nein gesagt. Letztlich besteht die Gefahr, dass die nicht gegen Covid geimpften Polizisten zu Hause bleiben und die geimpften Polizisten eingesetzt werden, „um eventuelle organisatorische und politische Störungen zu kompensieren“. Die Forderungen sind einfach: Die Gewerkschaft möchte, dass „das Inkrafttreten des Gesetzesdekrets“ über den grünen Pass verschoben wird, „weil das Sicherheitssystem in Ermangelung von Gewissheit nicht bereit ist“.

Die andere Gefahr für die Regierung Draghi besteht darin, dass sich die Polizei auf die Seite der Hunderttausenden von Demonstranten stellt, die Tag und Nacht die Straßen der italienischen Städte besetzen, um gegen das Gesundheitspass zu protestieren, und die für den 15. Oktober und die folgenden Tage weitere Blockaden in ganz Italien vorbereiten.

Außerdem hat das italienische Innenministerium bereits einen Rückzieher gemacht, indem es kostenlose Tests für Hafentarbeiter, die die Häfen blockieren, in Betracht zieht. Harte Proteste, die die Wirtschaftszentren treffen, wie die, die in den letzten Tagen in Italien stattfanden, zahlen sich also aus... das Chaos, das die globalen Eliten wissentlich organisieren, erschreckt immer noch die politischen Marionetten, die sie sowohl in Italien als auch in Frankreich an die Macht gebracht haben...

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Fratelli d'Italia: Ein Netzwerk für lokale Administratoren

Von Michele Pisano

12. 10. 2021



Bildquelle: La Voce del Patriota

Die große Herausforderung der italienischen Rechten steht vor uns. Seit Jahren hat unsere politische und kulturelle Gemeinschaft immer ehrgeizigere Ziele vor Augen, um ihre Weltanschauung zu verbreiten. Angesichts eines immer weiter um sich greifenden universellen Progressivismus und einer Technokratie, die auf dem Rücken einer geschundenen Politik wuchert, ist es unsere Aufgabe, auch im Alltag die ewigen Wurzeln zu verteidigen.

Wir haben gerade eine komplexe erste Wahlrunde hinter uns. Wahlen können nicht das Ziel sein, sondern ein Instrument, mit dem wir so viel wie möglich vor Ort Wurzeln schlagen können und nicht die Apathie die Oberhand gewinnen lassen.

Fratelli d'Italia hat in dieser letzten Runde einen guten Erfolg erzielt und viele neue Gemeinderäte, Bürgermeister und in einigen Tagen auch Stadträte gewonnen. Wir können nicht darauf verzichten, in den lokalen Gebietskörperschaften, in den Ratsversammlungen und in allen Organisationen, die die Gebiete vertreten, präsent zu sein.

Damit wir uns richtig verstehen. Die Fähigkeit, die Macht im besten Sinne des Wortes zu verwalten, war immer ein angeborenes Talent der italienischen Linken; die Rechte musste ihr manchmal hinterherlaufen, obwohl sie gezeigt hat, wie sehr unser politisches Angebot das Schicksal unserer Städte positiv verändern kann, wenn es mit Kopf und Herz eingesetzt wird.

Aber das ist nicht genug. Jetzt müssen wir uns noch stärker vernetzen. Es ist notwendig, Begegnungen und den Austausch von bewährten Praktiken zwischen den Verantwortlichen der Fratelli d'Italia und denjenigen, die in die Bürgerlisten gewählt wurden und sich aufrichtig für unsere Bewegung interessieren, zu organisieren.

Unsere Städte sehen sich häufig mit komplexen Entscheidungen konfrontiert: Ich denke dabei an alles, was mit Umweltpolitik zu tun hat, insbesondere an den so genannten ökologischen Übergang.

Wie relevant ist dieser Ansatz für unsere Weltanschauung? Was können wir akzeptieren und was müssen wir ablehnen? Und ich möchte auch darauf hinweisen, wie notwendig es ist, unter anderem über Stadtplanung, Landentwicklung, Bildungsfreiheit und Sozialpolitik zu diskutieren.

Jeder von uns ist sich selbst nicht genug. Wir brauchen eine ständige Auseinandersetzung, die über unsere regionalen Grenzen hinausgeht und in der Lage ist, die besten Ideen im ganzen Land zu verbreiten.

Wir können unter anderem nicht zulassen, dass die Linke allein das Ruder in den großen Verbänden der Gebietskörperschaften übernimmt. Dazu müssen wir jedoch die Ausfransungen und Unschärfen überwinden und ehrgeizige Ziele anstreben, ohne die Tatsache aus den Augen zu verlieren, dass wir für die Gemeinschaften, die wir vertreten, gewählt werden und nicht für die Karriere als Selbstzweck.

In etwas mehr als zwei Jahren sind die Italiener aufgerufen, ihre Vertreter neu zu wählen.

Wir wollen Italien in sein eigenes Schicksal führen und nicht länger von anderen abhängig sein. Wir müssen uns vernetzen, wir müssen einander in die Augen sehen, wir müssen einen gemeinsamen Weg gehen, auch wenn jeder von uns auf seinem eigenen Gebiet unterwegs ist.

Auch dies ist eine große Herausforderung für eine freie und pragmatische Gemeinschaft, die es versteht, mit sich selbst ins Reine zu kommen und ihre Reife in einer Zeit zu beweisen, in der sich die Angriffe – wen wundert es – häufen.

Quelle: [La Voce del Patriota](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Frankreich (Seiten 326 bis 340)

09) Alain de Benoist: „Keine Wahl, nicht einmal eine Präsidentschaftswahl, kann die Bedingungen für eine echte Revolution schaffen, die unser Volk braucht“ [Interview]

27. 10. 2021



Bildquelle: Breizh-info

Wir baten Alain de Benoist um seine Analyse des Durchbruchs von Eric Zemmour im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur, aber auch seiner wahrscheinlichen Konfrontation mit Marine Le Pen und Emmanuel Macron.

Wir nutzten auch die Gelegenheit, Alain de Benoist über die Kontinuität der von den Behörden betriebenen Covid-Tyrannie zu befragen, aber auch über die Rolle Mitteleuropas bei der Rettung der europäischen Zivilisation.

Breizh-info.com: Alain de Benoist, was ist Ihre Meinung zum medienpolitischen Aufstieg von Eric Zemmour einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen? Ist dieser Aufstieg nicht ein Zeichen für das endgültige Scheitern des Rassemblement National in der Politik?

Alain de Benoist: Jeder Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich hat seine unerwarteten Ereignisse. Dieses Jahr geht es um das Phänomen Zemmour. Ich betrachte sie mit Neugier – aber auch mit Distanz, denn ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass keine Wahl, auch keine Präsidentschaftswahl, die Voraussetzungen für die echte Revolution schaffen kann, die unser Volk braucht.

Eric Zemmour ist ein Freund, dessen umfassende politische und historische Kultur ich kenne und dessen widerspenstige und kämpferische Haltung ich bewundere, was mich jedoch nicht daran hindert, mit ihm in vielen Punkten nicht übereinzustimmen (sein

Jakobinertum, seine Kritik an der Idee des Empire, seine uneingeschränkte Befürwortung der Assimilation, seine Feindseligkeit gegenüber regionalen Namen, ganz zu schweigen von der Frage der „christlichen Wurzeln“). Sein Aufstieg vom „Beinahe-Kandidaten“ ist bemerkenswert, da er nun in der Lage zu sein scheint, Marine Le Pen im ersten Wahlgang zu verhindern und sogar ihre Anwesenheit im zweiten Wahlgang zu verhindern. Sechs Monate vor den Wahlen gibt es jedoch keinen Grund, eine Prognose abzugeben. Zemmour kann sich sehr wohl weiterentwickeln, wie Macron im Jahr 2017, oder plötzlich zusammenbrechen, wie Chevènement im Jahr 2002.

Anfangs wurde Zemmours Kandidatur einerseits von Republikanern unterstützt, die mit Marine Le Pen in der Einwanderungsfrage übereinstimmen, ihre Positionen in sozialen Fragen aber für zu extrem halten, und andererseits von einer ganzen Reihe enttäuschter Mitglieder des Rassemblement National, die ihr vorwerfen, dass sie sich auf die Gefahr hin, ihren Diskurs zu „trivialisieren“, zu sehr engagieren wollte, wobei ihr Hauptziel nicht darin besteht, die Wiederwahl Macrons zu verhindern, sondern „Marine endgültig loszuwerden“. Das Problem ist natürlich, dass es schwierig ist, Leute zu verführen, die sie zu radikal finden, und andere, die sie nicht radikal genug finden...

Ich denke auch, dass es falsch wäre, Marine Le Pen zu schnell zu begraben. Trotz des beklagenswerten Zustands des RN (aber bei einer Präsidentschaftswahl wählt man eine Person, nicht eine Partei) bleibt sie die bevorzugte Kandidatin der Arbeiterklasse. In seinem Bestreben, die RPR „neu zu erfinden“, sagt Zemmour, er wolle die Arbeiterklassen und die „patriotische Bourgeoisie“ versöhnen (oder die Soziologie des Manif pour tous und die der Gilets jaunes zusammenführen), aber im Moment berührt er die Ersteren kaum, die ihn kaum kennen. Er erkannte dies indirekt an, als er am 22. Oktober erklärte, dass „Marine Le Pen nur die Arbeiterklasse für sich hat, sie ist in einer Art Ghetto der Arbeiter und Arbeitslosen eingeschlossen, die durchaus respektable und wichtige Leute sind, aber sie erreicht die CSP+ und die Bourgeoisie nicht“. Zemmour hingegen hat vor allem Erfolg bei den ehemaligen Fillon und Bellamy-Wählern, bei der CSP+ und den Katholiken von Versailles, d.h. bei jenem kleinen und mittleren Bürgertum, das um seine Zukunft und seine Identität fürchtet, weil es um seine kulturelle Unsicherheit besorgt ist, Aber sehr wenig von der wirtschaftlichen Unsicherheit, die im Gegenteil eine der Hauptsorgen eines „peripheren Frankreichs“ ist, das, wie Marine Le Pen sagte, „nicht akzeptieren wird, einer ultraliberalen Vision der Wirtschaft geopfert zu werden“.

Es gibt in der Tat zwei sehr unterschiedliche Arten, sich die Bildung eines neuen historischen Blocks mit hegemonialem Anspruch vorzustellen: die „Union der Rechten“ und das, was Christophe Guilluy oder Jérôme Sainte-Marie (Bloc contre bloc, 2019, Bloc populaire, 2021) den „Volksblock“ nennen. Ersteres basiert auf einer Rechts-Links-Spaltung, die heute nicht mehr viel Sinn macht, letzteres auf einem Klassenverhältnis, das sich mit sinkender Kaufkraft und zunehmender Prekarität immer mehr durchsetzt. Diese beiden Ansichten sind kaum miteinander zu vereinbaren. In einer Zeit, in der alle Institutionen, die früher für Zustimmung sorgten, in eine Systemkrise geraten sind, ist es schwierig, die Forderungen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen, die sowohl mit sozialem Elend als auch mit einer unkontrollierbaren Einwanderung konfrontiert ist und die sehr wohl weiß, dass die Frage der nationalen Identität untrennbar mit der sozialen Frage verbunden ist, während man gleichzeitig versucht, den Bossen des CAC 40 Zusagen zu machen.

Warten wir also weitere sechs Monate. Dann werden wir wissen, ob Zemmour etwas anderes erreicht hat als die Wiederwahl Macrons.

Breizh-info.com: Die tyrannische (offiziell sanitäre) Politik der französischen Behörden geht weiter. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung scheint kapituliert oder zumindest

akzeptiert zu haben, dass sie einen Strichcode und einen Impfnachweis vorlegen muss, um in der Stadt essen zu gehen, ins Kino zu kommen usw. Beunruhigt Sie die pauschale Unterwerfung einer Bevölkerung?

Alain de Benoist: Sie vergessen, dass mitten im letzten Sommer, zu einer Jahreszeit, in der keine Gewerkschaft es wagte, eine Demonstration zu organisieren, in der jedoch Hunderttausende Franzosen Woche für Woche gegen den Gesundheitspass demonstriert haben. Das gab es noch nie.

Andererseits – ich denke, wir haben bereits darüber gesprochen – ist es klar, dass viele Menschen bereit sind, ihre Freiheiten aufzugeben, wenn sie glauben, dass ihre Sicherheit oder ihre Gesundheit bedroht ist. Angst ist der wichtigste Motor für freiwillige Knechtschaft. Aber was Sie als Unterwerfung interpretieren, kann auch als Widerstandskraft oder Anpassungsfähigkeit interpretiert werden, ohne zu verhindern, dass die Wut hochkocht. Ich persönlich würde die allgemeine Unterwerfung als die Akzeptanz eines kapitalistischen Systems durch die Massen betrachten, das dabei ist, sie ihrer Menschlichkeit zu berauben.

Breizh-info.com: Sie haben vor kurzem das Buch „Surviving disinformation“ veröffentlicht, in dem Sie Ihre Interviews mit Nicolas Gauthier auf der Website „Boulevard Voltaire“ zusammenfassen und wiederholen. Wie können wir in einer offenen Gesellschaft, die jede Sekunde Informationen produziert, richtig informiert werden?

Alain de Benoist: Es gibt natürlich Informationsquellen, die besser sind als andere. Es ist nicht nötig, sie aufzuzählen (Breizh-Info hätte dort natürlich seinen Platz). Wichtig ist jedoch nicht so sehr, wie viele Informationen man aufnimmt, sondern vielmehr, wie man deren Bedeutung einschätzen kann. Die Tragödie besteht darin, dass die heutigen Medien es aufgrund ihrer Struktur zunehmend unmöglich machen, Informationen einzuordnen und vor allem ihren Sinn und ihre Bedeutung zu verstehen. Zu zeigen, dass die Ereignisse, die eine wirkliche historische Bedeutung haben können, nicht unbedingt (und sogar selten) die sind, über die am meisten gesprochen wird, ist genau eines der Ziele dieser Sammlung.

Breizh-info.com: Welcher Unterschied besteht schließlich zwischen dem unzureichend informierten Menschen – also demjenigen, der nur die 8-Uhr-Nachrichten sieht oder nur ein paar Auszüge aus einer regionalen Tageszeitung liest – und demjenigen, der den ganzen Tag mit dem Kopf in den Nachrichten steckt, so dass er sich nicht mehr davon lösen kann?

Alain de Benoist: Letztendlich weder noch. Der eine weiß nicht viel, der andere hat von allem gehört, versteht aber nichts. Ein Übermaß an Information ist vollkommen gleichbedeutend mit dem Fehlen von Information, was auf das Phänomen der Kontraproduktivität zurückzuführen ist, für das Ivan Illich viele weitere Beispiele angeführt hat.

Breizh-info.com: Um auf das Thema Europa und seine Zukunft zu sprechen zu kommen, wie analysieren Sie die immer heftigeren Offensiven der Brüsseler Kommissare gegenüber den Ländern Mitteleuropas, allen voran Polen und Ungarn? Glauben Sie, dass die Europäische Union möglicherweise explodieren oder sich in zwei Teile teilen könnte?

Die Brüsseler Kommission kann nicht ertragen, was sie immer wieder als „Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit“ darstellt. Dies ist nicht verwunderlich, da es sich um einen der Vektoren einer herrschenden Ideologie handelt, die den Rechtsstaat als Mittel zur Unterwerfung der Politik unter die Autorität der Richter und die Volkssouveränität unter die Moral der „Menschenrechte“ betrachtet. Die osteuropäischen Länder ihrerseits haben entdeckt, dass die „freie Welt“, von der sie während der kommunistischen Ära träumten,

umso weniger ein Vorbild ist, als sie auch eine Bedrohung darstellen kann. Polen und Ungarn sind in der von Ihnen erwähnten Kontroverse nicht isoliert, da am 7. Oktober nicht weniger als zwölf Mitgliedstaaten (Österreich, Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Griechenland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen und die Slowakei) versucht haben, einen Text zu verabschieden, der die Finanzierung des Baus von Mauern oder Stacheldrahtzäunen an den Außengrenzen der Union durch die Kommission vorsieht. Dieser Antrag wurde natürlich abgelehnt, aber er ist dennoch von Bedeutung.

Die Visegrád-Gruppe könnte als der Beginn eines „anderen Europas“ angesehen werden. Dies ist eine begründete Hoffnung, aber es sollte nicht verschwiegen werden, dass die Länder der Gruppe bei weitem nicht in allen Punkten übereinstimmen. In der Außenpolitik beispielsweise orientiert sich Polen weiterhin blind an den Vereinigten Staaten und bekennt sich zu einer Russophobie, die Ungarn nicht teilt. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass Polen in einem Kräftemessen mit der EU viel zu verlieren hat, da es derzeit der größte Empfänger von EU-Geldern ist. Ich glaube nicht an eine Explosion, sondern eher an eine Implosion der EU, die de facto zu einer Verwerfung führen würde.

Breizh-info.com: In Frankreich würden wir uns bei dieser Hypothese wahrscheinlich im westlichen Lager wiederfinden... das heißt, nicht gerade im Lager der Verteidiger eines zivilisierten Europas... Was können wir morgen tun, um die grundlegenden Brücken zu erhalten?

Alain de Benoist: Das Risiko, im „westlichen Lager“ zu stehen, scheint mir im gegenwärtigen Tauziehen zwischen Washington und Peking beträchtlich zu sein, das sehr wohl eines Tages zu einem bewaffneten Konflikt zwischen einer abnehmenden amerikanischen Hypermacht und einer aufstrebenden chinesischen Macht führen könnte, die sich ständig behauptet. Die Vereinigten Staaten sind bereits dabei, eine „westliche Koalition“ gegen China zu bilden, ähnlich derjenigen, die während des Kalten Krieges die Sowjetunion eindämmen wollte. Im Falle eines Krieges wäre es der größte Fehler der Europäer, sich auf die Seite Washingtons zu stellen, anstatt zumindest eine neutrale Haltung einzunehmen. Europa ist nicht dazu berufen, Krieg gegen die Chinesen zu führen!



:beitrag [BREIZH-INFO](https://www.breizh-info.com), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN
MEDIENKOOPERATION

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER
VATERLÄNDER*

10) Marion Maréchal: „Eine große demographische Verschiebung findet statt“

25. 10. 2021



Marion Maréchal - Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

Marion Maréchal beantwortete Fragen eines neuen konservativen amerikanischen Mediums

Tyszka-Drozdowski: Sie haben vorhin gesagt, dass das größte Problem in der französischen Politik die Unfähigkeit ist, eine „Mehrheitsrealität“ aufzubauen, einen Konsens zu schaffen. Können Sie uns mehr über dieses Problem sagen und was Ihrer Meinung nach getan werden kann, um es zu lösen?

Marion Maréchal: Frankreich leidet unter einer Vielzahl von Spaltungen. Eine wichtige Unterteilung ist die des Territoriums, zwischen Metropolen und Peripherien. (...) **Die zweite Abteilung ist ethnisch.** Macron selbst sagte kürzlich, dass mehr als 10 Millionen Franzosen Familie auf der anderen Seite des Mittelmeers haben. Ich denke, das ist eine konservative Schätzung. Frankreichs Bevölkerung beträgt 60 Millionen. Heute hat ein Drittel der in Frankreich geborenen Kinder mindestens einen Elternteil, der nicht Franzose ist. In dieser Statistik sind also nicht alle Migranten der zweiten oder dritten Generation enthalten. Es findet ein großer demografischer Wandel statt, zu dem noch die religiöse Kluft hinzukommt. Die Einwanderung nach Frankreich erfolgt hauptsächlich aus Afrika und Nordafrika, und zwar hauptsächlich aus dem muslimischen Raum. Historisch gesehen hat es in Frankreich noch nie eine so starke islamische Einwanderung gegeben. Heute gibt es in Frankreich mehr praktizierende Muslime als praktizierende Katholiken. Und es muss offen gesagt werden, dass viele muslimische Glaubensvorstellungen und Bräuche mit der französischen Lebensweise unvereinbar sind (...)

Die Wählerschaft wird durch das Zusammenzählen von Minderheiten gebildet, aber niemand kümmert sich um die Schaffung einer verbindenden Vision, einer Idee von einem gemeinsamen Schicksal. Aus meiner Sicht ist dies die größte politische Herausforderung in Frankreich: einen Konsens, eine gemeinsame Vision zu finden. Ich habe keine vorgefertigten Lösungen. Deshalb funktioniert unsere Demokratie so schlecht, deshalb gibt es so viele Proteste auf der Straße, weil die Demokratie ohne „fait majoritaire“ nicht richtig funktioniert. Wenn dieses Element fehlt, kommt es zu einem Krieg der Minderheiten, und genau das erleben wir gerade. Dieser Krieg wird auch durch den Individualismus angeheizt, der in den westlichen Gesellschaften Einzug gehalten hat. In Frankreich, das sehr entchristlicht ist, hat der Individualismus eine außergewöhnliche Stärke entwickelt.

Tyszka-Drozdowski: *Ist Éric Zemmour Ihrer Meinung nach in der Lage, diese Mehrheit, dieses „Mehrheitsfaktum“ zu schaffen?*

Marion Maréchal : Zemmour spricht im Namen der schweigenden Mehrheit, einer Mehrheit, die zu lange geschwiegen hat. In Frankreich lebt diese schweigende Mehrheit – die meines Erachtens immer noch die Mehrheit ist – in einem Zustand der zivilisatorischen Unruhe. Es hat das Gefühl, dass ihm seine Kultur, sein Land, seine Geschichte genommen wird. Diese Mehrheit bringt dieses Gefühl nicht immer zum Ausdruck, denn es ist eine Emotion, und es ist schwierig, dafür eine politische Form zu finden. Aber ich denke, Zemmour drückt eine Sorge aus, die die meisten Franzosen heute empfinden. Die Überzeugung, dass es zu viel Einwanderung gibt, ist in der gesamten Gesellschaft verbreitet.

Tyszka-Drozdowski: *Ich möchte damit schließen, dass ich Ihnen die gleiche Frage stelle, die Alain Peyrefitte de Gaulle gestellt hat... Wird Frankreich noch existieren?*

Marion Maréchal: Das hoffe ich. Ich will mir die Frage gar nicht stellen. Ich kann nicht akzeptieren, dass es anders ist. Frankreich ist das Land meiner Vorfahren. Ich komme aus der Bretagne und kann mir nicht vorstellen, dass das Land meiner Vorfahren, in dem sie seit tausend Jahren begraben sind, aufgegeben werden könnte. Ich weigere mich, mir diese Frage zu stellen. Ich schöpfe meine Hoffnung aus der Geschichte Frankreichs, Polens und Ungarns. In Frankreich haben wir nie die existenzielle Angst gehabt, zu verschwinden wie die Ungarn oder die Polen. Polen hat Teilungen erlebt, immer unter der Bedrohung einer deutschen oder russischen Hegemonie. Ungarn musste sich den osmanischen Invasionen und der Kolonisierung durch Österreich widersetzen. In unserer Geschichte haben wir diese Angst, die Angst, nicht mehr zu existieren, nie gekannt. Heute beginnen wir es zu spüren, es ist etwas Neues für uns. Sie hat verschiedene Erscheinungsformen, sie ist etwas Neues in unserer Geschichte. Wir haben in der Geschichte große Zusammenbrüche erlebt, wie 1940, die Niederlage von Sedan, die Religionskriege oder die Revolution. Aber wir haben auch große Auferstehungen erlebt. Wie Jeanne d'Arc, die Rätselhafte, wie können wir sie verstehen? Sie war 19 Jahre alt und führte die Befreiung Frankreichs an. Es ist ein Wunder der Geschichte. Wenn dieses historische Wunder nur ein einziges Mal geschah und von einem 19-Jährigen vollbracht wurde, gibt es immer noch Grund zur Hoffnung und zur Annahme, dass diese tausendjährige Nation über verborgene Ressourcen verfügt, die wir nicht vermuten. Ich glaube, dass die Franzosen uns wieder überraschen werden und dass sie genug Vitalität haben, um nicht von der Geschichte begraben zu werden.

Quelle: LaLettrePatriote.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Éric Zemmour: „Ich bin der einzige in der politischen Arena, der den Ausdruck „Großer Austausch“ verwendet, und 67% der Franzosen stimmen mir zu“

23. 10. 2021



Éric Zemmour · Bildquelle: FDS

„Was mich wirklich beunruhigt, ist, dass Frankreich in tödlicher Gefahr ist. 67% der Franzosen sind der Meinung, dass der große Austausch unser Land bedroht.“ Éric Zemmour#Rouen pic.twitter.com/KI28rSPyNm

„Die Geschichte der Ersetzung der Napoleon-Statue in Rouen zeigt deutlich die Allianz zwischen kultureller Ersetzung und demografischem Austausch. Wir wollen die Franzosen dazu bringen, sich schuldig zu fühlen, und dass sie aus Schuldgefühlen heraus bereit sind, ihre Zivilisation zu opfern.“ Éric Zemmour#Rouen pic.twitter.com/LvpJPiOW8N

„Ich tue das, was alle Kandidaten tun sollten, nämlich mit den Franzosen über Frankreich sprechen. Sie können eine komplexe Argumentation verstehen, die weltweit zur Verbesserung ihrer Situation beiträgt.“ Éric Zemmour#Rouen pic.twitter.com/qlZ9KZPfLe

Quelle: [LesObs](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Marion Maréchal in Warschau: „Der Kampf um Kultur und Bildung ist ein langfristiger Kampf“

18. 10. 2021



Marion Maréchal · Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

Interview mit Marion Maréchal, einer Persönlichkeit der französischen konservativen Rechten und Direktorin des Instituts für Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften (ISSEP) in Lyon: „Das Collegium Intermarium und das ISSEP wollten eine kleine Insel des Widerstands schaffen, einen Zufluchtsort, an dem die historische Rolle der Universität wiederbelebt wird, die in erster Linie in der Suche nach der Wahrheit und der Weitergabe von Wissen besteht.“

Marion Maréchal ist eine ehemalige Abgeordnete des Front National, der Partei ihrer Tante Marine Le Pen. Als sie 2012 im Alter von 22 Jahren gewählt wurde, war sie die jüngste Abgeordnete in der Geschichte der Französischen Republik. Sie gilt in Frankreich als wichtige Figur der konservativen Rechten und gründete 2018 in Lyon eine Hochschuleinrichtung mit dem Ziel, die konservativen Eliten von morgen auszubilden, und das in einem Land, in dem das Hochschulwesen sehr links ausgerichtet ist.

Marion Maréchal nahm am 1. Oktober in Warschau an einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Universität im Rahmen einer Konferenz mit dem Titel „Der Platz der Wahrheit im Zeitalter der *Cancel Culture*“ teil. Die Konferenz wurde vom Collegium Intermarium organisiert, einer neuen privaten Universität, [die mit dem Ziel gegründet wurde, die konservativen Eliten Mittel- und Osteuropas auszubilden.](#)

Anlässlich des Besuchs der ISSEP-Direktorin in Polen auf Einladung des Collegium Intermarium unterzeichneten die beiden Hochschuleinrichtungen [ein Partnerschaftsabkommen](#) über die Veröffentlichung von Gutachten, die Organisation von Veranstaltungen und den Austausch von Studierenden.

Das Interview der Visegrád Post mit Marion Maréchal fand am 1. Oktober in Warschau statt.



Von links nach rechts: Jerzy Kwaśniewski, Rechtsanwalt, Vorsitzender von Ordo Iuris, Christian Machek, Philosoph, Mitglied des Instituts Renovatio und Lehrer am Internationalen Seminar St. Peter in Wigratzbad, Gladden Pappin, Politikwissenschaftler an der Universität Dallas, Marion Maréchal, Direktorin des ISSEP, Grégor Puppinck, Präsident des Europäischen Zentrums für Recht und Gerechtigkeit (ECLJ), Marion Smith, Präsidentin der Common Sense Society – *Bild: Olivier Bault*

Olivier Bault: *Sie sagen, dass das Institut für Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften (ISSEP), das Sie in Lyon gegründet haben und leiten, ein Pol des intellektuellen Widerstands ist, an dem die Meinungsfreiheit gelebt wird. Dies ist sehr ähnlich wie der Anspruch des Collegium Intermarium, der neuen mitteleuropäischen Universität in Polen, an deren Eröffnungskonferenz zum ersten akademischen Jahr Sie teilgenommen haben.*

Kann man sagen, dass das ISSEP und das Collegium Intermarium zwei Inseln der intellektuellen Freiheit in Gesellschaften sind, die in Richtung Totalitarismus driften?

Marion Maréchal: Ja, das kann man sagen, und das erklärte Ziel unserer beiden Schulen ist es, eine Antwort und eine Alternative zu einem Phänomen zu sein, das sich leider immer mehr in der Universitätswelt durchsetzt, sei es in Polen oder in Frankreich. Dies äußert sich

zum einen in einer intellektuellen Homogenität, genauer gesagt in einem intellektuellen Konformismus, und zum anderen in einem Sektierertum, das manchmal an intellektuellen Terrorismus grenzt. In der Tat vergeht in Frankreich kaum eine Woche ohne eine Kontroverse über die Bedrohung, Ausgrenzung oder Ächtung von Lehrkräften, über die Störung oder gar Absage von Konferenzen oder über Studentenverbände, die Druck auf die Universitäten ausüben, um eine oft sehr radikale und militante Agenda durchzusetzen. Wir erleben, dass viele Institutionen – glücklicherweise nicht alle – zu eifrigen Vermittlern verschiedener Ideologien werden. Ich denke dabei insbesondere an LGBT, Neofeminismus, *Cancel Culture*, Wokismus und – in Frankreich – Immigrationismus. Manchmal, wie an der Sciences Po und der Sorbonne, werden sogar Studiengänge eingerichtet, die sich diesen Ideologien widmen, insbesondere im Bereich der Gender Studien.

Es gibt eine regelrechte Geiselnahme von Schülern, die sich meist nicht einmal trauen, einen Widerspruch zu äußern, weil sie im besten Fall kritisiert und im schlimmsten Fall bedroht werden könnten. So wurde beispielsweise an der Universität Lumières Lyon 2 ein Student der Politikwissenschaften, der in den sozialen Netzwerken die politische Korrektheit und die völlige Abwesenheit von Widerspruch und Meinungsverschiedenheiten in seinen Kursen angeprangert hatte, beleidigt und körperlich bedroht, ohne dass die Leitung jemals Stellung bezogen oder sich auf seine Seite gestellt hätte.

Ich denke, dass das Collegium Intermarium und das ISSEP angesichts dessen und angesichts des Rückgangs des Niveaus – denn beides geht leider Hand in Hand – eine kleine Insel des Widerstands schaffen wollten, ein Refugium, in dem die historische Rolle der Universität, die in erster Linie in der Suche nach der Wahrheit und der Weitergabe von Wissen besteht, wiederbelebt werden sollte.

Olivier Bault: *In Polen hat das Collegium Intermarium eine private Finanzierung für seine Gründung erhalten, es hat die Unterstützung des [Instituts für Rechtskultur Ordo Juris](#), einer in diesem Land sehr bekannten und sehr aktiven Vereinigung von Anwälten und Juristen mit konservativer Einstellung, es hat zumindest die moralische, wenn auch im Moment keine finanzielle Unterstützung der Regierung, und es werden sogar mehrere Staatssekretäre bei der heutigen Eröffnungskonferenz anwesend sein, von denen einer dem Ministerium für Bildung und Hochschulwesen angehört. In Frankreich hingegen scheint das ISSEP von den öffentlichen Behörden und der Hochschulwelt eher geächtet zu sein...*

Marion Maréchal: Der erste bemerkenswerte Unterschied zwischen unseren beiden Ländern ist, dass die Konservativen in Frankreich nicht an der Macht sind. Ich kann mir vorstellen, dass die polnische Regierung diese Art von Initiative wohlwollend betrachtet. Dies wäre umso logischer, als der derzeitige polnische Bildungsminister ursprünglich an diesem Projekt teilnehmen sollte, bevor er in die Regierung Morawiecki berufen wurde. Ich stelle mir also vor, dass es eine gewisse Synergie gibt, die ich ihnen wünsche.

In unserem Fall, um es einfach auszudrücken, sind es die Liberal-Progressisten, die an der Macht sind. Unsere Schule wird von den Linken und der derzeitigen Regierung offensichtlich nicht wohlwollend betrachtet. Wir haben keine öffentlichen Zuschüsse, aber nach vier Jahren unseres Bestehens umfasst unser Lehrkörper etwa fünfzig Personen, von denen eine beträchtliche Anzahl an der öffentlichen Universität unterrichtet und sich nicht scheut, zu behaupten, dass sie auch am ISSEP tätig sind, was zeigt, dass sich die Dinge ein wenig bewegen. Da wir sowohl in Politikwissenschaft als auch in Management ausbilden, gehören zu unseren Lehrkräften auch Unternehmensleiter, Journalisten, hohe Beamte, Offiziere, Juristen und nicht zuletzt die Mitarbeiter des Centre d'analyse et de prospective, daa unser Forschungszentrum und die Quelle unserer Veröffentlichungen ist.

Unsere Studenten machen Fortschritte und wir erlangen allmählich akademische Glaubwürdigkeit. Am Anfang war es für uns sicherlich komplizierter, aber heute stelle ich fest, dass unsere Studenten alle eine Praktikumsstelle finden, manchmal sogar in großen französischen Unternehmen, und dass sie alle ohne nennenswerte Schwierigkeiten beruflich integriert werden konnten. Um das ISSEP herum gibt es ein ganzes Ökosystem von Verbänden, Unternehmen und lokalen Behörden, die ebenfalls Unterstützung leisten und als vorrangige Aufnahmestellen fungieren. Mit dieser Netzwerklogik haben wir die Schwierigkeiten, die wir hätten haben können, da wir nicht von den Behörden vor Ort nicht unterstützt werden, weitgehend kompensiert, und wir bilden nun jedes Jahr etwa hundert Studenten aus, davon etwa dreißig im Masterstudiengang und etwa siebzig im Rahmen der Weiterbildung.

Olivier Bault: *Sie haben eine Schule in Spanien gegründet. Können Sie uns ein paar Worte zu Ihrem spanischen Projekt sagen? Warum haben Sie sich für Spanien entschieden?*

Marion Maréchal: Letztes Jahr haben wir eine spanische Niederlassung eröffnet, die sehr gut funktioniert, mit Programmen, die an Spanien angepasst sind, in spanischer Sprache, mit spanischen Lehrern und einem spanischen Team. Wir haben den Wunsch, mit dem ISSEP international tätig zu werden. Anfangs träumte ich davon, in der „Lateinischen Allianz“ erfolgreich zu sein und mich zunächst in Italien, Spanien und vielleicht sogar Portugal niederzulassen. Zufällig kam ein spanisches Team zu uns, ein recht junges Team, zwischen 30 und 40 Jahre alt, einige von ihnen hatten in der Politik gearbeitet, ohne gewählt worden zu sein, andere waren Unternehmer – ein bisschen wie wir bei dem ISSEP, und sie erklärten uns, dass sie das ISSEP-Modell in Spanien gerne übernehmen möchten. Heute arbeitet diese spanische Einrichtung autonom, aber wir haben eine gemeinsame Markenidentität und eine gemeinsame pädagogische Charta sowie administrative Verbindungen.

Olivier Bault: *Ich denke, dass die Universität in Spanien und Frankreich unter den gleichen Problemen leidet...*

Marion Maréchal: Ja, aber dem ISSEP in Madrid ist es gelungen, sofort einige große Persönlichkeiten an Bord zu holen, darunter ehemalige Minister, die sich dem Projekt angeschlossen haben, und sogar, in einer lustigen Wendung, den Präsidenten des Fußballverbands, der sich an dem Projekt beteiligt hat. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass sie sofort sehr erfolgreich waren, weil sie einige große Namen ins Spiel brachten. Es ist bezeichnend, dass es in Spanien, obwohl das Land von der Linken regiert wird, eine große Dynamik in konservativen Kreisen gibt, die zusammenhalten. In Frankreich ist dies weniger der Fall.

Olivier Bault: *Haben Sie, bevor Sie vom Collegium Intermarium hörten, gedacht, dass auch Polen eine Insel des intellektuellen Widerstands im Hochschulbereich braucht? Überrascht Sie das?*

Marion Maréchal: Nein, das überrascht mich nicht so sehr, denn wir wissen, dass selbst in Ländern, in denen die Konservativen an der Macht sind, das Bildungswesen im Allgemeinen und die Hochschulbildung im Besonderen eine Domäne der Linken bleiben. Der Kulturkampf wurde lange Zeit verloren. In unserem Land waren es früher die Trotzkiten, die das Sagen hatten, aber jetzt ist es überall eine Form des Neomarxismus, denn der Klassenkampf wurde durch den Kampf der Rassen oder den Kampf der Geschlechter ersetzt. Das Wesen der Herrschenden und der Beherrschten hat sich verändert, aber die Dialektik, die Argumentation und in gewisser Hinsicht auch die Methoden sind dieselben geblieben: Es wird nicht debattiert, sondern guillotiniert.

Angesichts dieser neomarxistischen Linken zeigt die junge Generation der Konservativen – das Team des Collegium Intermarium ist ebenfalls jung, es besteht aus 30- oder 40-Jährigen, wie es auch beim ISSEP der Fall ist – den Wunsch, zusammenzuarbeiten, indem wir über unsere möglichen Unterschiede hinausgehen, um in einer Logik der Verbindungen, der Vernetzung, der gegenseitigen Nutzung von Kräften und Erfahrungen zu sein. Es ist sehr interessant, weil es neu ist und wächst. Als ich auf dem CPAC, dem großen Treffen der amerikanischen Konservativen, war, war ich von der Netzwerklogik dieser Kreise jenseits des Atlantiks in all ihrer Vielfalt beeindruckt. Sie haben diese Logik der Solidarität und diesen Wunsch, in Rudeln zu jagen, wie es die Linke sehr oft tut. In Frankreich gibt es diese Kultur überhaupt nicht, aber ich habe den Eindruck, dass dies in anderen europäischen Ländern weniger der Fall ist.

Olivier Bault: *Planen Sie nach diesem ersten Besuch, den Austausch mit dem Collegium Intermarium weiter auszubauen?*

Marion Maréchal: Das ist natürlich das Ziel, und ich hoffe, dass es auch so sein wird, wie beim Mathias Corvinus Collegium (MCC), dieser großen Schule, die in Ungarn eine Ausbildung mit vielen internationalen Austauschen anbietet. Ich habe sie letzte Woche gesehen, als ich auf dem [4. Demographie-Gipfel](#) in Budapest war. Auch das Collegium Intermarium kennt sie gut. Die Idee ist, Kolloquien und gemeinsame Studien mit Veröffentlichungen in mehreren Sprachen zu veranstalten, Lehrkräfte auszutauschen und auf lange Sicht den Austausch von Studenten während bestimmter Zeiträume zu ermöglichen.

Olivier Bault: *Sie arbeiten immer noch mit einer Hochschuleinrichtung im russischen St. Petersburg zusammen, glaube ich.*

Marion Maréchal: Wir haben in der Tat eine Partnerschaft mit der Universität St. Petersburg und insbesondere mit ihrer politikwissenschaftlichen Fakultät geschlossen, auch wenn die Covid-Pandemie alles für eine Weile zum Erliegen brachte. Wir haben auch eine Partnerschaft mit einer großen privaten Universität im Libanon, in Kaslik. Es ist die USEK, die Heilig-Geist-Universität von Kaslik [*Université Saint-Esprit de Kaslik*]. Diese Art von Partnerschaft ist immer eine große Bereicherung für die Schüler und auch für uns. In einem Umfeld, das in der Tat globalisiert ist, müssen wir auch wissen, wie wir uns der Außenwelt öffnen können, was unser Ziel ist.

Olivier Bault: *Letzte Woche haben Sie auf dem Demographie-Gipfel in Budapest gesprochen und Viktor Orbán getroffen. Was haben Sie bei Ihrem Austausch erfahren? Was haben Sie ihm gesagt und was hat er Ihnen gesagt?*

Marion Maréchal: Es war eine sehr interessante Sitzung, die für 30 Minuten angesetzt war und anderthalb Stunden dauerte. Wir haben zunächst über die Situation bei den Wahlen in Frankreich und Ungarn gesprochen und dann über die Geopolitik. Ich für meinen Teil habe mit ihm über die Türkei, Russland, Deutschland... gesprochen. Ich war beeindruckt von seiner Erfahrung – man spürt, dass er seine Themen beherrscht – und ich war auch beeindruckt von dem ungarischen Pragmatismus. Wir haben es keineswegs mit Ideologen zu tun, die prinzipielle Positionen vertreten. Sie sind im Rahmen der internationalen Beziehungen sehr pragmatisch, ohne in irgendeiner Weise dumm zu sein. Ich habe mich sehr in den Kommentaren wiedergefunden, die abgegeben wurden. Viktor Orbán wollte auch wissen, was die Franzosen von Deutschland hielten, und ich denke, wir waren einer Meinung, dass die Deutschen für uns Verbündete waren, dass wir aber kein deutsches Europa wollten, und dass Frankreich, indem es sich dem Trugbild des deutsch-französischen Paares hingab, zu diesem deutschen Europa beitrug, dass es seine

Interessen nicht wirksam verteidigte und dass es sich vor allem anderer wichtiger Bündnisse innerhalb der Europäischen Union beraubte. Bündnisse zur Verteidigung einer europäischen Alternative, die auch ein Europa der Zivilisation wäre. In dieser Hinsicht sollten die Länder Mitteleuropas privilegierte Verbündete sein.

Olivier Bault: *Im fortschrittlichen, liberalen Europa von heute „geht also die Sonne im Osten auf“?*

Marion Maréchal: Ich glaube, dass es überall noch ein wenig Widerstand gibt. Innerhalb der Europäischen Union gibt es verschiedene Frakturen. Es gibt wirtschaftliche, aber auch geopolitische Gräben, denn nicht jeder hat die gleiche Vision von Europa. Die einen wollen ein souveränes und unabhängiges Europa, wie es in Frankreich schon immer der Fall war. Andere sehen Europa als eine transatlantische Teilmenge. Und es gibt immer noch eine zivilisatorische Kluft. Die einen sehen Europa als eine Art multikulturellen Bahnhof ohne Grenzen, die anderen als ein zivilisatorisches Ganzes, das es zu schützen und zu entwickeln gilt. In ganz Europa gibt es Verbündete auf allen drei Ebenen. Auf wirtschaftlicher Ebene haben wir in Frankreich Verbündete im Süden, die wie Frankreich die ersten Opfer der totalen Öffnung der wirtschaftlichen Grenzen sind, insbesondere mit Entwicklungs- und Schwellenländern oder Mächten wie China. Wir Konservativen haben natürlich zivilisatorische Verbündete in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Wir haben sicherlich weniger Verbündete, wenn es um Europa als Macht geht, aber in dieser Hinsicht leistet auch Deutschland seinen Beitrag, nachdem es bei einer Reihe von Themen, insbesondere bei der Gaspipeline Nord Stream 2, ernüchtert wurde. Ich denke, dass Frankreich in der Lage sein muss, seine eigene Stimme zu erheben, indem es weiß, wie es seine Interessen verteidigt und mit all jenen zusammenarbeitet, die seine Visionen zu diesen verschiedenen Themen teilen.

Olivier Bault: *Glauben Sie, dass Polen angesichts des Aufstiegs dieser von den USA ausgehenden Woke-Ideologie in Westeuropa eine wichtige Rolle spielen muss?*

Marion Maréchal: Ja, das ist unbestreitbar, und ich glaube, dass dies der Wunsch der Polen ist. Ich bin sehr froh, dass es Länder gibt, die es schaffen, sich in dieser Hinsicht gegen Brüssel zu behaupten. Brüssel geht weit über die Verträge hinaus. In den europäischen Verträgen war von Anfang an nicht vorgesehen, dass sich die EU mit „gesellschaftlichen“ Fragen befassen würde. Jetzt können wir sehen, dass eine echte ideologische Dampfwalze aufgebaut wird. Es ist ein Glück, dass sich einige Länder dagegen wehren und sich nicht einschüchtern lassen, und wir sollten ihnen dankbar sein, denn im Moment sind es leider nicht die westlichen Länder, die diesen Kampf führen.

Olivier Bault: *Glauben Sie, dass auch der katholische Glaube vieler Polen eine Rolle spielt? Leiden die westeuropäischen Länder, darunter auch Frankreich, nicht vor allem darunter, dass sie ihren Glauben an Gott verloren haben und sich geschwächt, ohne feste Bezugspunkte und mit schwankenden Werten angesichts des Anstiegs individueller und gemeinschaftlicher Ansprüche wiederfinden? Ich denke da zum Beispiel an das kürzlich in Frankreich verabschiedete Bioethikgesetz, das einen sehr schlechten Namen trägt...*

Marion Maréchal: Ich denke, dass der Widerstand der Polen mit vielen Dingen zusammenhängt, und der Katholizismus ist in der Tat ein wichtiger spiritueller Kitt, der ein integraler Bestandteil ihrer Identität und ihrer Besonderheit ist, weil sie ein katholisches Land waren, das an orthodoxe Länder angrenzte. Wie Frankreich ist auch Polen ein tausendjähriges Land. In unserem Land herrschte Hugo Capet im 10. Jahrhundert, und um diese Zeit wurde in etwa Polen geboren. Es handelt sich also um ein Land mit echtem Tiefgang, das, wie Frankreich, Abstürze und Aufschwünge erlebt hat. Es ist ein Land, das

mal zerschlagen wurde und viele Invasionen erlebt hat und sich daher in gewisser Weise seiner Zerbrechlichkeit bewusst ist. Es ist ein Land, das weiß, dass es sterben kann und dass es immer kämpfen muss, um sein Überleben und seine Integrität zu verteidigen, was Frankreich vielleicht weniger bewusst ist. Frankreich hat mehr Invasionen durchgeführt, als es bedroht wurde, selbst wenn es auch auf seinem Territorium angegriffen wurde. Frankreich wurde nicht wie Polen geteilt. Ich glaube, dass all dies dazu beiträgt, den polnischen Standpunkt in der Europäischen Union mit mehr Nachdruck zu vertreten.

Olivier Bault: *Sie haben das ISSEP mit einer langfristigen Perspektive gegründet. In Budapest haben Sie jedoch Ihre Befürchtungen über die Masseneinwanderung und die Islamisierung Frankreichs zum Ausdruck gebracht. Befürchten Sie nicht, dass es für Frankreich bereits zu spät sei, bevor Ihre Schule einen positiven Einfluss auf die Zusammensetzung und den Zustand der französischen Elite haben könnte?*

Marion Maréchal: Es liegt auf der Hand, dass der Kampf um Kultur und Bildung ein langfristiger ist. Wir befinden uns da nicht unmittelbar im Fokus der Medien. Das ist der Grund, warum sich viele Menschen davon abwenden: Sie wollen sofort Ergebnisse erzielen. Ich halte das für einen Fehler. Die Geschichte wird von den aktiven Minderheiten geschrieben. Deshalb muss diese Minderheit geschult werden. Es ist nie zu spät, es zu versuchen. Die Philosophin Simone Weil sagte, dass die Entwurzelung alles zerstört, außer dem Bedürfnis nach Wurzeln. Schulen wie die unsere reagieren auf dieses Bedürfnis nach Verwurzelung. Und da wir auf einen Bedarf reagieren, denke ich, dass wir sehr schnell wachsen werden. In dieser Hinsicht bin ich recht optimistisch, auch wenn wir uns noch in einer Phase befinden, in der wir die Saat ausbringen. In ein paar Jahren werden wir die Früchte sehen.

Olivier Bault: *Sie haben 2019 vor dem Konvent der Rechten gesagt: „Ich befinde mich jetzt in einem Bildungs- und Kulturkampf. Mein Universum ist dasjenige der Ideen und nicht mehr dasjenige der Wahlurnen“. Doch in konservativen französischen Kreisen sehen manche in Ihnen eine mögliche Jeanne d’Arc. Schließen Sie aus, eines Tages in die Politik zurückzukehren?*

Marion Maréchal: Mich als mögliche Jeanne d’Arc zu sehen, gereicht mir zur Ehre. Allerdings habe ich eine Rückkehr in die Politik nie ausgeschlossen, und ich habe immer gesagt, dass ich mir es nicht verwehre, dies zu tun. Um ehrlich zu sein, denke ich, dass ich zur Politik zurückkehren werde, weil ich sie mag und sie mich antreibt. Aber ich will es nicht überstürzen. Ich möchte mir die Zeit und die Wahl des richtigen Zeitpunkts lassen. Politik ist eine radikale Entscheidung. Das wird dann bedeuten, dass ich eine Pause vom ISSEP einlegen muss. Aber dieses Projekt liegt mir nun sehr am Herzen und ich halte es für sehr wichtig. Deshalb möchte ich diese Entscheidung erst dann treffen, wenn ich sicher bin, dass alles vorhanden ist, damit diese Schule auch ohne mich leben und sich entwickeln kann, auch wenn ich nur ein Teil eines großen Teams bin. Ich habe also keinen genauen Plan, aber ich werde mich natürlich nicht davon abhalten, irgendetwas zu tun.



Olivier Bault

Olivier Bault ist Franzose und lebt seit dem Anfang der 1990er Jahre in Polen; er ist der Korrespondent in Polen für die Visegrád Post und die französische Tageszeitung Présent. Als freiberuflicher Journalist, der das Geschehen in Polen und Europa aufmerksam verfolgt, veröffentlicht er auch auf Polnisch in der polnischen Wochenzeitung Do Rzeczy und auf Englisch auf dem Portal Remix News.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER